

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. Juli 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 82

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Die Danziger Generalversammlung, IX.

Wollswirtschaft: Arbeitszeitverkürzung.

Korrespondenzen: Borna. — Charlottenburg. — Dresden. — Graudenz. — Leipzig (A.). — Leipzig (M.-G.). — Mannheim.

Rundschau: Ferien! — Meisterprüfung. — Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. — Neue Maulwurfsarbeit im Prinzipalslager. — Ein deutscher Bischof gegen die christlichen Gewerkschaften. — Ein Klageled der Versicherungsagenten. — Silberarbeit und Zollpolitik. — Gewerkschaftsnachrichten.

Die Danziger Generalversammlung

IX.

In den Abschnitten V bis VIII dieser rückgewandten Betrachtungen über die Tagung unfres Verbandsparlaments dürfte zur Evidenz bewiesen sein, in welche schwierige Lage die Gehilfenschaft durch die technische Entwicklung wie auch durch direkte gewerbliche Mißstände gekommen ist. Es ist damit kein schöner Abriß unsrer heutigen Zustände gegeben worden. Klagend und anklagend reden die Tabellen zu uns. Daß wir uns aber in einer ausweglosen Situation befinden sollten, davon hat man aus jenen Ausführungen wohl nichts entnehmen können. In der vorigen Nummer haben wir vielmehr in ungeschminkter Weise etwelche deutliche Fingerzeige gegeben, wie wir uns einmal selbst Hilfe bringen könnten. Nun wenden wir uns an die Prinzipalität. Was zu sagen ist, mag nicht immer angenehm sein, aber unsre Lage ist ja auch nichts weniger als das. Wir glauben freilich nicht an Wunder und Zeichen, rechnen also nicht mit mitteleuropäischer Genauigkeit auf promptes Einsehen des Erfolges. Aber das wissen wir: Locker wird nicht mehr gelassen!

Im vorhergehenden Abschnitte wurde die Frage nach der größeren Schuld an den beklagten Zuständen zungunsten der Prinzipale entschieden. Da ist es denn interessant, daß bereits im Jahre 1848 schon einmal die Prinzipale öffentlich als der schuldige Teil angeprochen wurden. Nämlich durch das Frankfurter Komitee, das in seinem Aufruf an die Kollegenchaft zur Nationalversammlung in bezug auf die Arbeitslosigkeit erklärte:

Einen Teil dieser Schuld tragen freilich wir Gehilfen selbst, ein wenigstens gleich großer fällt dem Zeitgeiste zur Last und der letzte noch übrige Teil, größer denn die beiden ersten zusammengenommen, fällt auf den größten Teil der Prinzipale.

Damals kannte man den Dämon Technische Entwicklung noch nicht, eine Force majeure gab es also nicht wie heutzutage. Der Saß gilt für die damalige Zeit als abstrakt, für die Gegenwart hat er bedingte Geltung. Der Zeitgeist dürfte heute neben der weisen Vervollkommnung der Technik durch sein rasendes Tempo im gesamten Geschäftsverkehre jedenfalls einen größeren Anteil haben an der Arbeitslosigkeit bei uns als vor 65 Jahren. Dessenungeachtet können den Prinzipalen mildernde Umstände nicht in dem Maße zugestanden werden, wie sicherlich darum plädiert werden wird. Denn das, was als der üble Ausfluß des Zeitgeistes in Betracht käme, haben sie durch große Willfährigkeit in Gestalt des permanenten Schnellschusses ja in erster Linie selbst großgezogen.

Wohl produziert unser Gewerbe viel für den Tagesbedarf. Wenn in der Postzeitungsliste für 1913 14480 Zeitungen und Zeitschriften aufgeführt sind, dann ist damit zugleich gesagt, daß ein ganz bedeutender Teil des Buchdrucks sich dem Zeitungsweisen zugewandt hat. Die Zeitungen sind ohne weiteres vom Tag abhängig, bei den Zeitschriften

wird das auch immer mehr zur Tatsache. Hier sind Schwankungen also unausbleiblich. Aber wir sehen auch schon, daß in den Zeitungsdruckereien die Fluktuation nicht mehr den Umfang wie früher hat. Dagegen ist der Wechsel zwischen floter und flauer Geschäftszeit in den Buchdruckereien der Großstädte, speziell in Berlin und Leipzig, häufiger und schroffer geworden. Die Arbeitsstabilität in den großen und größten Offizinen hat ganz wesentlich nachgelassen. Das Ungesunde der Konkurrenzverhältnisse, die geschäftliche Unrast unsrer Tage, der fast sportmäßige Schnelligkeitsrekordtrieb, alles spiegelt sich wider in heftigen Zuckungen des geschäftlichen Lebens, worunter die Gehilfen am meisten leiden. Heute kann der plötzlichen, überstarken Nachfrage der Arbeitsnachweis nicht genügen, morgen werden allein in einer Druckerei Duzende von Gehilfen ausgeschaltet. So haben wir dauernd große Arbeitslosigkeit, während die Prinzipalität überwiegend von Gehilfenmangel spricht. Zu der Mechanisierung des Arbeitsprozesses ist also die Amerikanisierung unsrer geschäftlichen Verhältnisse gekommen. Zweifelshafte moderne Errungenschaften!

Sind denn aber die Prinzipale in der Lage, dem Bücher-, Schriften- und geschäftlichen Druck weniger Tagescharakter zu geben? Wir antworten darauf mit Ja, wengleich wir die Schwierigkeiten anerkennen, die der Aufräumung mit einer Tradition entgegenstehen. Daß es aber doch gehen würde, wollen wir an einigen Beispielen und Hinweisen zeigen.

Im Jahrgange 1895 des „Korr.“ ist eine umfangreiche, sehr lehrreiche Abhandlung über die Arbeitslosigkeit in unserm Verbande von 1874 bis 1894 enthalten. An Tabellen und Tafeln wird das für einen zwanzigjährigen Zeitraum sich ergebende frühe Resultat aufgezeigt und durch eine gediegene fertige Kommentierung noch verständlicher gemacht. Da liest man auch den beachtenswerten Saß:

Im Jahre 1885 finden wir wieder einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 1,2 Proz. Auf einen plötzlichen besseren Geschäftsgang kann dies kaum zurückgeführt werden. Zieht der Beschauer aber noch die Jahre 1889, 1890 und 1891 in Berücksichtigung, die einen gleichen Rückgang signieren, so leuchtet ihm die Wahrheit ein, daß die Prinzipalität lange vor jeder Tarifrevision fähig hat vorarbeiten lassen.

Wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, daß die Auftraggeber, und unter diesen namentlich die Buchverleger, den Druckereien bei Tarifabläufen in der Zuweisung von Arbeit weit entgegenkommen — dieses vielsagende Moment fand bereits in Nr. 80 kurz Erwähnung —, so sollte man es doch für ausgeschlossen halten, daß auf Jahre hinaus der Drucksachenbedarf eine förmlich mechanische Regelung erfahren kann. Vor dem Neunstundenkampfe war das aber der Fall, und bei Tarifrevisionen ist es auf einjährige Beschränkung immer so gewesen, wie es zuletzt 1911 noch in ganz auffallender Weise zu beobachten war. Die Arbeitslosenziffer ging vor zwei Jahren ja auf 4 Proz. zurück.

Kann in dem Jahr eines Tarifablaufs aber der Geschäftsgang durch Vorarbeiten ein scheinbar günstiges Gepräge bekommen, so ist doch wohl die Frage am Platze, ob die Prinzipale angesichts der extensiv wie intensiv beträchtlich größer gewordenen Arbeitslosigkeit nicht in gewöhnlichen Zeiträumen annähernd das bewerkstelligen können, was ihnen in kritischeren Perioden anscheinend gar nicht schwer fällt.

Es ist aus Nr. 78 von Österreich bekannt geworden, daß dort gegenwärtig sogar die Hauptorganisation der Industriellen die frühzeitige Zuweisung von Druckaufträgen betreibt unter Hinweis einer Konfliktmöglichkeit am Jahreschlusse. Daß in Deutschland wie in Österreich es nach der gleichen Methode geht, kann doch nur als ein Beweis angesehen werden, daß die von uns vertretene Meinung eines bis zu einem bestimmten Grade möglichen zeitlichen Ausgleichs der Herstellung des Drucksachenbedarfs Wahrscheinlichkeit für sich hat.

Im vergangenen Jahre hat in Nr. 99 ein Bremer Kollege einen kleinen Artikel veröffentlicht: „Arbeitslosigkeit und Überstunden“. Darin wird eine bezirksweise geführte, vom Vorstandsvorstand als Material zur nächsten Tarifrevision zu verwendende Überstundenstatistik angeregt. Durch den Danziger Beschluß ist in modifizierter Weise dem Rechnung gefragen, obwohl an diesen Vorschlag wohl niemand mehr gedacht hat. Es lagen jedoch zwei dahinzielende Anträge von Berlin und Neubabelsberg vor. Der Bremer Artikelschreiber regte jedoch noch ein andres Vorgehen an. Er schrieb nämlich im weiteren, es sollten

Artikel über die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe in der Tagespresse veröffentlicht werden mit der Bitte an alle größeren Geschäfte und Unternehmungen, sich im Sommer mit Drucksachen zu versehen. Gleichzeitig müßten jedes Frühjahr unsre Orts- und Bezirksvorstände an die staatlichen und städtischen Behörden appellieren, alle Drucksachen, wie Formulare, statistische Werke usw., im Sommer anfertigen zu lassen, damit die große Zahl der Arbeitslosen in dieser Zeit verringert werden kann. Wäre dieser Appell auch nicht gleich von Erfolg gekrönt, so würden die Früchte dieser Bemühungen doch wohl nicht ausbleiben.

Ich habe immer das Empfinden, daß in dieser Beziehung mehr getan werden könnte. Wir leben in einer Zeit, wo man beinahe versucht wäre, zu sagen: Nichts ist unmöglich. Warum sollte es uns da nicht möglich sein, Arbeitslosigkeit und Überstunden etwas auszugleichen?

Kann man auch Bedenken nicht unterdrücken, ob die Tagespresse große Neigung verspüren wird, in die unerfreulichen Zustände des eignen Gewerbes hineinzuleuchten, so darf das doch nicht von vornherein bestimmend sein, nichts zu unternehmen. Es darf nicht nur geprüft werden, ob etwas möglich, sondern ob es auch notwendig ist. Die Notwendigkeit, hier alles zu versuchen, ergibt sich an den im Abschnitte VI (Nr. 80) gebrachten zahlenmäßigen Nachweisen über die in jeder Beziehung erheblich zunehmende Arbeitslosigkeit jedenfalls eklatant.

Erfreulicherweise ist in der Tagespresse aber schon ein Anfang gemacht worden, auf das Publikum informierend zu wirken und für die Erteilung verschiedener Druckaufträge während der für uns geschäftlich so schlechten Sommermonate Stimmung zu machen. Es ging uns die von 15. Juli d. J. datierte Nummer des „Arbeitslosen Beobachters“ in Oberingelheim zu, in der sich folgender, auffallend gedrucker Appell befindet:

Das Buchdruck- und Zeitungs-gewerbe ist teilweise auch ein Saison-gewerbe. Es gibt gute und laune Monate; zu den launen zählen die Sommermonate. Während dieser Zeit werden alljährlich Tausende von Buchdruckergehilfen entlassen und fallen ihrer Organisation zur Last, die ihnen täglich 2 Mk. Unterstützung zahlen muß. Aber nicht nur die Organisation, sondern auch der Gehilfe und dessen Familie hat den Schaden, denn 2 Mk. reichen nicht zum Leben; der Gehilfe sieht Parteien zu oder macht Schulden. Dabei schränkt er sich natürlich auch ein; er konsumiert weniger, und das trifft die Geschäftswelt.

Was folgert hieraus? Daß es sozial richtig ge-
hört ist, Druckereien, die zwar nicht momentan
erneuert werden müssen, trotzdem jetzt drucken
zu lassen.

Wenn Sie dieser Bitte prinzipiell zustimmen, dann
bleiben Sie nicht hierbei stehen und denken: nun ja,
aber auf mich wird es nicht ankommen. Wenn unter
ganzem sozialem und politischem Leben an der Teilnah-
mslosigkeit des Volkes krankt, so liegt es teilweise daran,
daß die Teilnahme bares Geld, Mitarbeit oder öffent-
liches Bekenntnis zur Sache erfordert. Solches schließt
hier aus — nichts wird verlangt als die Erfüllung
einer humanitären gesellschaftlichen Pflicht im
Dienst des praktischen Christentums.

Wir begrüßen diesen Schritt des „Rheinheffischen
Beobachters“, eines freisinnigen Blattes, und em-
pfehlen der Presse, diesem guten Beispiele zahlreich
zu folgen. Könnte das nicht jede Tageszeitung tun?
Liegt es nicht auch im Interesse der Prinzipale mit,
wenn dadurch ein Ausgleich zwischen den stillen
Sommermonaten und der mit Arbeit überlasteten
übrigen Zeit des Jahrs angebahnt werden kann?
Die Möglichkeit einer besseren Verteilung ist nicht
von der Hand zu weisen, wie die erwähnten Bei-
spiele des Vorarbeitens bei in Sicht stehenden Tarif-
bewegungen es zeigen.

Um die Sache gleich richtig anzufassen, wäre zu
empfehlen, daß das Tarifamt einen derartigen
Appell zu den geeigneten erscheinenden Zeitpunkten
an die Tagespresse versendet. Mit den früheren
sogenannten Lehrlingsartikeln, d. h. dem öffentlichen
Erfuchen in den Tageszeitungen an das Publikum,
für den Buchdruckerberuf bestimmte Schulklasse
nur bei tarifstreuen Firmen in die Lehre zu geben,
sind ja nur gute Erfahrungen gemacht. Sollte aber
dieser Weg, den wir für sicherer zum Ziele führend an-
sehen, aus irgend welchem Grunde sich als nicht
gangbar erweisen, so müßte von der Verbandsleitung
das Erforderliche geschehen. Eine überzeugend wirk-
kende Zeitungsnotiz könnten die Bezirks- und Mit-
gliedschaftsvorstände in jährlich sich zweckentsprechend
veränderndem Wortlaute zur Veröffentlichung über-
wiesen erhalten. Systematisch diese Aufklärungs-
arbeit betrieben, wird mit der Zeit der Erfolg nicht
ausbleiben. Wohl hört man jetzt schon manchmal
etwas von Sommerarbeit, die zurückgehalten wurde,
diese kleinen Anlässe müssen aber mehr gepflegt
werden: „Rühren wir uns also!“

Wenn so auch nur allmählich und bis zu einer
bestimmten Grenze etwas gegen die Arbeitslosigkeit
geschehen kann, ohne daß die Prinzipale sich allein
zu engagieren hätten, so verhält es sich mit der Aber-
stundenbekämpfung doch um vieles anders. Hier wird,
soweit die Gehilfen in Betracht kommen, von der
Organisation aus in der in voriger Nummer be-
zeichneten Weise die Initiative ergriffen werden.
Von einer Beschränkung auf eine gewisse Zahl zu-
lässiger Überstunden wie einer Besteuerung der Über-
stunden (Antrag Neubabelsberg: von sieben an)
wurde aus allgemeinen Opportunitätsgründen indes
abgesehen. Es ist nämlich die Befürchtung nicht
von der Hand zu weisen, daß bei einer so oder so
gearteten Festschließung einer Höchstzahl die ja auf
beiden Seiten nicht zu knapp vorhandenen Überstunden-
traditionellen den Grundfaß konstruieren könnten,
daß bis zu dieser Zahl alles schlankweg zulässig
wäre. Da würden wir aus dem Regen also nur
in die Traufe kommen. Wenn nun von der Kol-
legenchaft verlangt wird, in den Druckereien dafür
einzutreten, daß Überstunden nach Möglichkeit ver-
mieden werden, und daß den in Nr. 81 aufgeführten
tariflichen Sinweisen mehr von den Geschäftsleistungen
entsprochen wird, so müssen wir auch die Erwartung
einer verständnisvollen Mitwirkung der Prinzipale
hierbei aussprechen. Es soll nicht eine Bestimmung
der Schiedsgerichte mit Klagen wegen zu vieler
Überstunden stattfinden. Wir wünschen vielmehr von
seiten der Prinzipale den guten Willen so bekräftigt
zu sehen, daß es ohne allzubühige Anwendung
dieses Pressionsmittels geht. Die dem besonderen
Fonds im allgemeinen zugewandte Sympathie könnte
sich hier in einer besseren, mehr im Sinne des Appells
des „Rheinheffischen Beobachters“ gehaltenen Auf-
lage zeigen. Daß im Jahre 1912 die durchschnitt-
liche Arbeitslosenquote in Deutschland 1,9 Proz. war,
bei den Buchdruckern hingegen 4,75, dieser Umstand
sollte vielen Prinzipalen Veranlassung sein, an die
Brust zu schlagen und mit uns für eine fühlbare
Überstundenbeschränkung einzutreten. Die Organi-

isation der Prinzipale hätte unfres Erachtens die
Pflicht, auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß in dieser
Sinnrichtung eine Besserung eintritt. Was der Verband
kann, dürfte dem Deutschen Buchdruckervereine nicht
schwerer fallen. An die Besitzer der größeren Lohn-
druckereien wenden wir uns mit dem besonderen
Erfuchen, zur Herbeiführung von halbwegs normalen
Zuständen mit Sand ans Werk zu legen. Wie die
Dinge jetzt stehen, müssen sie sogar aus geschäft-
lichen Gründen unsere Vorstellungen als berechtigt
anerkennen.

In einem andern Punkt ist die größere Schuld
der Prinzipale an der Überstundenplage noch un-
zweifelhafter. Wir meinen die starke Heranziehung
der Lehrlinge zu den Überstunden. Auch hier ist die
bei den Gehilfen schon besonnte Unterscheidung zu be-
rückichtigen, daß in einem größeren Teile der Drucke-
reien Lehrlinge Überstunden nicht zu machen haben
oder doch nur in unbedenklichem Maß. Aber dort,
wo Überstunden gang und gäbe sind, müssen auch
die Lehrlinge mit heran, nicht selten sogar in ärgernis-
erregender Weise.

Die in voriger Nummer näher betrachteten Aber-
stundenstatistiken bilden hier ein noch stärkeres An-
schlagematerial gegen die Prinzipalität. In Magde-
burg ergaben sich für die Seherlehrlinge — wohl-
bemerkt nicht für alle — in einem Jahre 962 Stunden,
die Druckerlehrlinge aber, die doch an Zahl beträch-
lich zurückstehen, leisteten 1802 Überstunden. Auf
eine Seherlehrlingsüberstunde kommen sonach vier
der Druckerlehrlinge! Die Münchner Statistik er-
bringt ein gleich frühes Bild. Während von den
Seherlehrlingen 3417 Überstunden ebenfalls in dem
Zeitraum eines Jahrs gemacht werden mußten,
wurden von den Druckerlehrlingen nicht weniger als
7344 verlangt. Die Stereotypen- und Gießerlehrlinge
sind mit 904 Überstunden aufgeführt. In die
Berliner Statistik, fünf Wochen umfassend, sind
1308 Lehrlinge mit einbegriffen. Von ihnen wurden
8890 Überstunden gemacht, d. h. 6,8 pro Lehrling.
Auf 774 Seherlehrlinge entfielen 4,7, auf 432 Drucker-
lehrlinge 11,5, auf 65 Stereotypenlehrlinge 7,1 Aber-
stunden. Aus der noch nicht fertiggestellten Leipziger
Überstundenstatistik lassen sich konkrete Zahlen noch
nicht mitteilen. Es liegt aber auch in der Buchdrucker-
metropole in dieser Beziehung so schlimm aus, daß,
wie in Berlin, die Instanzen gegen die Unmasse der
Lehrlingsüberstunden in bestimmten Fällen ein-
geschritten sind.

Aus den erwähnten vier Überstundenstatistiken
ergibt sich klar und deutlich, daß der Schwerpunkt
der Überstundenmühsale in den Druckereien liegt. Ge-
hilfen wie Lehrlinge müssen hier in einem Umfang
Überstunden leisten, der gebieterisch zu Maßnahmen
zwingt. So kann es auf keinen Fall weitergehen!
Die Heranziehung der Lehrlinge zu den Überstunden
muß aber auch im allgemeinen eingeschränkt werden.
Das jugendliche Alter bedarf sicher einer größeren
Schonung. Die Arbeitszeitverlängerung für Lehr-
linge durch zahlreiche Überstunden verbietet sich nicht
nur im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit der
Gehilfen, sondern auch aus sozial-hygienischen Gründen.
Im § 13 regelt der Absatz 13 zwar bis zu einem
gewissen Grade die Überstundenarbeit der Lehrlinge.
Wie im vorstehenden gezeigt, machen sich aber weiter-
gehende Bestimmungen notwendig. Sie sind nicht
zu umgehen, wenn von der Prinzipalität hier nicht
selbst für gründliche Remedur gesorgt wird.

Während das Kapitel der Überstunden mit der
daraus folgenden Zunahme der Arbeitslosigkeit vor
allem eine tiefere Vorlesung an die Adresse der
größeren Druckereien ist, kommen die kleinen mit
der Lehrlingskala hier nun in Betracht. Wir warfen
in Nr. 80 schon die Frage auf, ob angesichts der
rapiden technischen Entwicklung nicht die Lehrlings-
kala überhaupt reformbedürftig ist. Vergewärtigt
man sich das in den Abschnitten über die Arbeits-
losigkeit Befragte und an rechnerischen Beispielen
Demonstrierte, so ist nach der Antwort nicht lange zu
suchen. Auch dem in Danzig gehörten Verlangen,
die Maschinenleger bei Festschließung der Zahl der zu
haltenden Lehrlinge außer Anlaß zu lassen, ist die
Berechtigung nicht abzupprechen. Wie die Ber-
liner Resolution aber mit zum Ausdruck bringt, sind
die kleinen und kleinsten Druckereien wahre Lehr-
lingsheime mit obendrein mangelhaften oder schlechten

Ausbildungsmöglichkeiten, was übrigens selbst von
Prinzipalen zugegeben wird (siehe in Nr. 69 des
„Korr.“ auf der vierten Seite den Schluß der ersten
Spalte). Wie bereits in einem andern Zusammen-
hange gesagt, kann über die mit dem Tarife von
1912 eingeflossene Verbesserung der Bestimmung des
Absatzes 9 im § 13 noch nichts Bestimmtes gesagt
werden. Sollte das Resultat den Erwartungen nicht
entsprechen, müßte hier ein Weiteres geschehen. In
einigen Gegenden wird für die quantitative Heran-
bildung des Nachwuchses in einer Weise gesorgt,
daß man ohne weiteres für Engerziehung der Lehr-
lingskala plädieren müßte. Von den größeren und
den großen Druckereien darf wohl erwartet werden,
daß sie auf die vorhandene Arbeitslosigkeit bei der
Lehrlingseinstellung mehr Rücksicht nehmen. Die
Skala immer voll auszunützen, würde von dem
Gegenteile der Berücksichtigung einer gewerblichen
Kalamität, der Arbeitslosigkeit nämlich, zeugen. Es
gibt zwar größere Firmen, die darauf aus sind, eher
zu viel als zu wenig Lehrlinge zu halten. Hier
diktiert böser Wille gegen die Gehilfenschaft, die
jedoch nicht die Allgemeinheit der Prinzipalität dafür
verantwortlich machen will.

Die unnatürliche Überlastung des Arbeitsmarktes
in den Großstädten ist nur zum Teil auf das Konto
der Prinzipale zu setzen. Wenn jedoch von den
Druckereien in der Provinz an dem Absatz 2 im
§ 15 der Bestimmungen für Arbeitsnachweise, das
Reisegeld nach auswärts betreffend, zu großer An-
stoß genommen wird, andererseits von Prinzipalen der
Großstädte die Heranziehung von Gehilfen aus der
Provinz zu einer förmlichen Manie wird, dann
würde eben fortgeworfen werden und die Arbeits-
losigkeit keine Abschwächung erfahren.

Hier stehen indes auch der Gehilfenorganisation
Mittel zur Verfügung. Sicherlich werden sie künftig
in größerem Umfang und noch entschiedener in An-
wendung gebracht werden. Schon im Jahre 1895,
bei Veröffentlichung der bereits erwähnten großen
Arbeitslosenstatistik, schrieb der „Korr.“ die warnen-
den Worte:

Der Gewerkeverein muß es sich je schneller desto
besser zur Aufgabe stellen, dem Zusammenwuchs der ar-
beitslosen entgegenzutreten. Die modernen Arbeitslosen-
herde sind für ihn eine ernsthafte Gefahr, ein stetiger
Schaden.

Es wird nunmehr, da mit dem zu großen Rücksicht-
nehmen nichts erreicht wurde, in allen größeren Orten
es mit noch stärkerer Abschiebung der Arbeitslosen
versucht werden müssen. Wir werden das Thema
„Großstadt und Provinz“ im „Korr.“ des öfteren
behandeln und gedenken schon in der nächsten Zeit
darüber einen Beitrag von einem aus eigener Er-
fahrung urteilenden Kollegen zu bringen. Auch die
Arbeitslosenfrage wird von einem sachkundigen Mit-
gliede demnächst noch behandelt werden. Wir halten
es nämlich für nötig, daß nicht nur die Redaktion
ihre Ansichten darüber äußert.

Der Schnürdreher-Prozess so schnell nach der
Generalversammlung hat der auch in Danzig bei
den großen prinzipiellen Beratungen oft berührten
Zurückhaltung der Leistungen eine Beleuchtung ge-
geben, wie sie für den Verband nicht besser sein
konnte. Es erübrigt sich also, da wir in zwei Ar-
tikeln (Nr. 77 und 78) die ganze Materie noch einmal
ausgerollt haben, ein nochmaliges Daraufgehen.
Das freudige Echo, das nach dem Ausgang dieses Pro-
zesses erweckte, spricht genügend für die Bedeutung,
die dieser Angelegenheit von der Kollegenchaft bei-
gemessen wird.

Wie eingehend dargelegt, befinden wir uns keines-
wegs in einer ausweglosen Situation hinsichtlich der
Arbeitslosigkeit. Wohl ist die Herbeiführung besserer
Verhältnisse nicht leicht. Aber mögen es auch lang-
wierige Wege sein, wenn der feste Wille da ist,
kann doch manches erreicht werden. Von den Prin-
zipalen wird nichts verlangt, was sie bei einiger-
maßen Einlichkeit nicht jetzt schon tun könnten. Es
bedarf nicht erst gründlicher Abänderungen des Tarifs.
Der Gehilfenschaft ist im Jahre 1906 von Vertretern
des Deutschen Buchdruckervereins die Zusicherung
geworden, an der Unterstützung der Arbeitslosen die
Prinzipalität teilnehmen zu lassen. Es ist nie unfer-
seits auf Erfüllung dieses Versprechens gedrungen,
nun aber kann ja dieser Wechsel präferiert werden.
Sedoch nicht, daß wir finanzielle Beihilfe erwarten,

fordern nur Mitwirkung an der Überstundenbekämpfung und an der planmäßigen Beschaffung von größerer Arbeitsgelegenheit in den Sommermonaten durch entsprechende Aufklärung des Publikums. Nach dem Grundsatze „Noblesse oblige“ zu handeln, darf hier von der Prinzipalität um so eher verlangt werden, da in dem ersteren Fall eine grundsätzliche Zusage von der Gehilfschaft stillschweigend nachgelassen wurde.

Es wird durch die in diesen Artikeln gezeichnete Beleuchtung der in Danzig gepflogenen Aussprache über die allgemeine und die tarifliche Lage wohl noch deutlicher geworden sein, von welcher großen Tragweite das Döblinsche Referat, die prinzipielle Stellungnahme zu den Vorgängen und den bestehenden Absichten bei der Prinzipalität sowie die Erörterung des in unserm Gewerbe herrschenden Hauptmißstandes nebst der dazu angenommenen ebenfalls einmütigen Erklärung eigentlich sind. Es erwachsen daraus große Aufgaben, wenn diese wichtigen Debatten zu einem positiven Resultate führen sollen. Wie notwendig das ist, haben wir in Flammenschrift geschrieben.

Was über die Danziger Generalversammlung noch zu sagen ist, kann summarisch erfolgen.

Volkswirtschaft

Arbeitszeitverkürzung.

Nachdem wir in Nr. 67 durch einige Gedanken zum Probleme der Arbeitszeitverkürzung zum volkswirtschaftlichen Standpunkte die sogenannten englische oder durchgehende Arbeitszeit beleuchtet haben, glauben wir dazu verpflichtet zu sein, die Frage noch von einer andern Seite her erörtern zu müssen. Wir denken dabei an den freien Sonnabendnachmittag, der in den letzten Jahren auch in Deutschland mehr Eingang gefunden hat und in der Schweiz, England und Amerika schon längst über das Anfangsstadium hinausgekommen ist. In Deutschland ist diese Erscheinung in der Hauptsache auf die am 1. Januar 1910 in Kraft getretene Gewerbenovelle vom 28. Dezember 1908 zurückzuführen. Diese Novelle bestimmt; daß gewerbliche Arbeiterinnen am Sonnabend (und an Vorabend gesetzlicher Feiertage) nicht länger als acht Stunden und nicht nach 5 Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen. Für die übrigen verhältnismäßig viele weibliche Personen, die beschäftigt werden, führte dann diese Bestimmung allmählich an Sonnabenden auch zu einer kürzeren Arbeitszeit für männliche Arbeiter. Und so gewann die Idee des freien Sonnabendnachmittags auch in Deutschland immer mehr an Boden. Wir sehen jedoch nicht an, zu erklären, daß wir keine unbedingten Anhänger dieser Idee sind. Wir könnten uns nur dort mit ihr befreunden, wo aller Voraussicht nach auf lange Zeit hinaus eine andre Erleichterung bezüglich der täglichen Arbeitszeit für die Arbeiter nicht zu erreichen und nicht zu erwarten ist. Die größten Bedenken haben wir jedoch dagegen, daß in einzelnen Fällen zugunsten des freien Sonnabendnachmittags die Arbeitszeit der übrigen Wochentage wesentlich verlängert wird. Wir verkennen zwar nicht, daß man darüber geheimer Meinung sein kann und je nach örtlichen oder gewerblichen Verhältnissen der freie Sonnabendnachmittag auch unter solchen Umständen mit dem bewußten Sperrling in der Hand verglichen werden könnte; aber allgemein könnten wir aus rein gewerkschaftlichen Gründen nicht dafür plädieren.

Wir verschließen uns auch nicht der zur Begründung des Wunsches auf Einführung des freien Sonnabendnachmittags nicht selten vorfindenen Ansicht, daß dadurch erst die völlige Sonntagsruhe für viele Gewerbe, hauptsächlich für den Handel, erleichtert werde, und daß die dadurch herbeigeführte längere Arbeitspause für die Erholung des ermüdeten Arbeiters von ganz besonderem Werte sei. Soweit diese Erholungsverlängerung nicht auf Kosten der übrigen Arbeitstage geht, bezeichnen auch wir den freien Sonnabendnachmittag als Fortschritt, wo er aber eine Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Tagen der Woche zur Voraussetzung hat, haben wir, wie schon gesagt, mancherlei Bedenken. Wir wollen dabei noch ganz davon absehen, daß speziell bei den Prinzipalen im Buchdruckgewerbe und insbesondere bei den Zeitungsverlegern sehr wenig Sympathie für diese Art der Arbeitszeitverkürzung vorhanden ist, was nicht zuletzt durch die Eingabe des Deutschen Buchdruckervereins an die Reichsregierung gegen die gesetzliche Beschränkung der Frauenarbeit an Sonnabendnachmittagen usw. bewiesen sein könnte. In dieser Frage gehen wir mit der Redaktion der „Hölgarbeitszeitung“ einig, die den freien Sonnabendnachmittag, der mit der Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen erkauft ist, ein Danaergeschenk nennt. Die Gründe dafür haben wir im allgemeinen schon in Nr. 67 auseinandergesetzt.

Weit wichtiger erscheint es uns, die Frage der Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel einer täglichen Entlastung des Arbeiters ins Auge zu fassen und deren Möglichkeiten zu erörtern. Und diese Möglichkeit erblicken wir darin, daß nachweisbar eine mäßige tägliche Arbeitszeitverkürzung hauptsächlich unter Einführung der durchgehenden Arbeitszeit dem Unternehmer keine größeren Opfer auferlegt.

Diese Behauptung stützt sich auf einwandfreie Feststellungen an der Hand praktischer Versuche, wovon wir nachstehend einige anführen wollen, die in einer schon vor vier Jahren erschienenen Broschüre von Ernst Bernhard unter dem Titel „Höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit“ ausführlicher geschildert sind. Es wurden danach in der bekannten optischen Werkstoff von Zeiss (Jena) folgende Beobachtungen gemacht: Im März 1900 wurde die Arbeitszeit von neun auf acht Stunden herabgesetzt. Die Resultate waren folgende: Die Gesamtzahl der Akkordstunden machte im Jahre 1899/1900 559 169 aus, Durchschnitt pro Mann 2400; im Jahre 1900/1901 509 559 Stunden, Durchschnitt pro Mann 2187. Die bezahlte Lohnsumme machte im Jahre 1899/1900 345 899 Mk. aus, im Jahre 1900/1901 = 366 484 Mk. Wir sehen, trotz der Verkürzung der Arbeitszeit eine Steigerung des Lohnes. Pro Stunde stieg der Lohn von 61,9 Pf. auf 71,9 Pf., d. h. um 16,2 Proz. Die Tagesleistung hat sich nicht nur nicht vermindert, sondern ist sogar gestiegen. Das gleiche Ergebnis zeigte sich bei Versuchen, die von der Regierung der Vereinigten Staaten beim Bau zweier Schlachtschiffe unternommen worden sind. Das eine wurde mit achtfündiger Arbeitszeit auf der staatlichen Werft gebaut, das andre mit zehnfündiger auf einer Privatwerft. Das Resultat war, daß die durchschnittliche Arbeitsleistung bei achtfündiger Arbeitszeit um beinahe 25 Proz. höher war als jene der zehnfündigen. In ähnlicher Weise lassen sich die Wirkungen kürzerer Arbeitszeiten für ganze Industriezweige feststellen. Zwölf Jahre, nachdem in England das Zehnfundengehese eingeführt war, berichtete der Fabrikinspektor Bacon, daß trotz der Reduktion der Arbeitswoche von 69 auf 60 Stunden die Löhne sich durchschnittlich um 12 Proz. gesteigert hätten, ohne daß die Produktion der Textilindustrie vermindert oder der nationale Wohlstand gesunken sei. In der Schweiz erklärte schon vor vielen Jahren der Fabrikinspektor Schärer in einem Bericht über den elfstündigen Normalarbeitstag: „Wir dürfen ruhig mit den besten Kennern der Industrie behaupten, wir haben durch die Verkürzung der Arbeitszeit nichts verloren“. Und der österreichische Gewerbeinspektor für Reichenberg sagt: „Wie unbegründet die seinerzeit geäußerten Besorgnisse waren, welche seitens der Industriellen, besonders aber jener der Textilbranche, anfänglich der gesetzlichen Festlegung der Arbeitszeit auf elf Stunden vorgebracht wurden, ist bekannt. . . . Sind ja die bei dieser Gelegenheit vorgebrachten Prophezeiungen betreffend den Niedergang der Industrie durch das geradezu beispiellose Emporblühen derselben in den letzten Jahren widerlegt worden.“ Ähnliche Ergebnisse fanden einzelne Industrielle, die bei schlechtem Geschäftsgang oder in der toten Saison ihre Produktion durch Minderung der Arbeitszeit einschränken wollten. Eine Spiralenfabrik setzte die Arbeitszeit auf die Hälfte herab. Zur Verwunderung der Besitzer betrug die Abnahme der Produktion nicht 50 Proz., sondern nur 10 Proz. Ähnliche Beobachtungen machte Grebe in seiner Salzwasserfabrik. Der Gewerbeinspektor für Leipzig schreibt 1902: „In mehreren Textilfabriken wurde im Frühjahr 1902 vorübergehend die Arbeitszeit um zwei bis drei Stunden verkürzt. Ein Unternehmer erreichte durch diese Maßnahme nicht die beabsichtigte Einschränkung der Erzeugnisse. Die Arbeiterinnen, welche im Akkorde beschäftigt wurden, leisteten, wie der Gewerbetreibende versichert, in acht Stunden ebensoviel wie bisher in zehn Stunden. Um die Produktionseinschränkung herbeizuführen, sah er sich deshalb veranlaßt, Arbeiterinnen zu kündigen.

Diesen Feststellungen gegenüber wird ja nun eingewendet werden können, daß eine gesteigerte Arbeitsintensität nur dort zu erwarten ist, wo das Akkordlohnssystem vorherrschend ist. Wir möchten aber behaupten, daß dies allgemein nicht zutrifft, sondern auch in solchen Industrien und Gewerben, wo nach Zeitlohn gearbeitet wird, eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit dazu beitragen hat, die Arbeitsfreudigkeit zu heben und infolgedessen auch das Produktionsquantum günstig zu beeinflussen. Diese Erfahrung gilt selbst für Betriebe, wo Maschinenarbeit vorherrschend ist und unangenehm wäre, daß das Tempo der Maschinen die Intensität der Arbeit bedingt. Auch hier ist festzustellen, daß je länger die Arbeitszeit ist, desto mehr zeitraubende Störungen hat jeder Maschinenbetrieb aufzuweisen, und je kürzer die tägliche Arbeitsschicht, desto besser werden die Maschinen in Stand gehalten und bedient. Das hat sowohl die englische wie die amerikanische Industrie auf die bis jetzt von Deutschland unerreichte Höhe gebracht. In dieser Tatsache bewahrheitet sich nur die alte Erfahrung, daß der wirtschaftliche Gesamterfolg, von dem im wesentlichen der Stand der Kultur abhängt, seinen Ausdruck vor allem in der Lust zur Arbeit findet. Und diese Lust zur Arbeit oder psychische Arbeitsfreudigkeit kann nur zustande kommen und erhalten bleiben, wenn der Arbeiter nicht zum Arbeitsinstrument, zur Maschine, herabgewürdigt wird. Daher muß die tägliche Arbeitszeit eine vernünftige sein, d. h. Kraftverlust und Kräfteverlust müssen sich entsprechen. Der Arbeiter muß für die Ordnung häuslicher Angelegenheiten, zum Familienleben und überhaupt zu allen denjenigen Lebensgenüssen, an welchen ihm die gesellschaftliche Ordnung einen berechtigten Anspruch verleiht, hinreichende Muße haben. Daraus entwickelt sich dann die Arbeitsfreudigkeit, die die Arbeitskraft bewegt, das Geistige in der Arbeit steigert, die Gedächtniskraft in den einfacheren Callungen und die Sindsigkeit und Intelligenz auf den höheren Stufen hebt.

Daß dem so ist, und zwar auch heute noch, bei verhältnismäßig kürzerer Arbeitszeit als früher, bestatigt erst vor kurzem die „Papierzeitung“ in einem Artikel unter der Überschrift „Arbeitswoche von sechs oder fünf Tagen“, worin die Erfahrungen eines amerikanischen Papierfabrikanten veröffentlicht werden. In der betreffenden Papierfabrik wurde die fünfzügige Arbeitswoche ohne Verlängerung der übrigen Arbeitstage eingeführt und dann die Wir-

kung dieser erheblichen Kürzung der Produktionszeit ganz genau nach kaufmännischen Grundätzen zu erfassen gesucht. Das führte zu den Feststellungen, daß die Tageserzeugung sofort nach Einführung der Fünf-Tage-Woche stieg, und daß die Steigerung mit der Zeit zunahm. Die durchschnittliche Steigerung betrug 13,1 Proz. Es wurde untersucht, ob diese Vermehrung tatsächlich oder nur scheinbar sei; das letztere wäre der Fall gewesen, wenn die hergestellten Waren sich verschlechtert hätten. Man prüfte, welchen Preis jede einzelne der hergestellten Sorten in beiden Jahren erzielt und fand, daß sich die Ware eher gebessert hatte. Folgende Ursachen dieser Mehrleistung wurden gefunden: 1. Die Geschwindigkeit der Kartonmaschinen wurde bis zu der Grenze erhöht, welche ihr die Kräfte der Maschine setzte. 2. Es wurden sofort besondere Arbeitskräfte zugezogen, wenn es sich zeigte, daß sich größere Geschwindigkeit ohne solche Hilfe und ohne übermäßige Anstrengung der Mannschaft nicht erzielen ließ. 3. Die Anlage wurde in besserem Stand erhalten, weil weniger Reparaturen nötig waren und diese an Sonnabenden besser ausgeführt werden als früher an Sonntagen. 4. Unter den Angestellten herrschte besserer Geist einmütiger Zusammenarbeit. 5. Die Angestellten wurden leistungsfähiger, weil sie infolge der kürzeren Arbeitszeit mehr geschont wurden. Die unterste Fabrik hatte schon früher sehr günstig gearbeitet, weshalb die Mehrleistung nach der neuen Ordnung um so schwerer ins Gewicht fällt. In der Hauptsache wurde eine geringere Abnutzung der Betriebsanlage bei zunehmender Leistungsfähigkeit der Einrichtung sowie eine größere Anziehungskraft des Betriebes für bessere Arbeiter, größere Zufriedenheit der Angestellten und infolgedessen glattere Arbeit festgestellt.

Es hat also auch diese neueste Versuch, die wöchentliche Arbeitszeit um einen vollen Arbeitstag zu kürzen, für Unternehmer wie Arbeiter nur die besten Erfolge gehabt. Ähnliche Erfahrungen dürfen zweifellos in allen Industrien und Gewerben zu machen sein, wo die Maschinenarbeit die Arbeiter mehr und mehr zu abspannender Leistungsgliederung verurteilt. Denn zweifellos hat gerade die Maschinenarbeit in allen ihren Zweigen und nicht zuletzt auch im Buchdruckgewerbe bei den von ihr erfahrenen und bedrückten Arbeitern eine Minderung der Arbeitsfreudigkeit hervorgerufen, die nur durch besonderes Pflichtgefühl und organisatorische Disziplin einigermaßen paralisert wird. Und dieser Lähmung der Arbeitslust, als einer ganz natürlichen Reaktion auf die mechanisierenden und schablonisierenden Arbeitsmethoden der Neuzeit, könnte mit ziemlicher Gewißheit sowohl im Interesse der Unternehmer wie der Arbeiter am besten dadurch Abbruch getan werden, wenn entweder durch allgemeinere Einführung der durchgehenden (englischen) Arbeitszeit oder einer andern zweckentsprechenden Arbeitszeitverkürzung dem Arbeiter aus freien Stücken und nicht erst unter dem Druck irgendwelcher Nachkommanten mehr als bisher Gelegenheit geboten würde, als Mensch unter Menschen zu leben und zu können.

Korrespondenzen

H. Borna bei Leipzig. Die am 6. Juli in Borna tagende gutbesuchte Bezirksversammlung wurde vom Bezirksvorsitzenden Schumm (Chemnitz) geleitet. Versetren waren die Orte Borna, Geithain, Großsch, Kolditz, Bad Lausitz, Pegau, Rochlitz, Rötha und Zwenkau. Den interessantesten Punkt der reichhaltigen Tagesordnung bildete die Berichterstattung über die Danziger Generalversammlung. Der Referent, Gauwarthener Oswald Grohe (Chemnitz), entrollte ein klares Bild über den Verlauf der Verbandsgeneralversammlung. Der lebhafteste Beifall, welcher dem Referenten am Schluß seines Vortrags gezollt wurde, bewies, daß die Kollegen mit den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden waren. In der hierauf entfallenden Diskussion wurde das Verhalten der Dresdner Gewerkschammer gegenüber unserer Tarifgemeinschaft und des Verbandes scharf verurteilt, und man war der Meinung, daß es Pflicht eines jeden Ortsvereins sei, dagegen zu protestieren. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute stattgefundene gutbesuchte Bezirksversammlung in Borna nimmt Kenntnis von den Entschlüssen unserer in Danzig abgehaltenen Generalversammlung. Sie bezeichnet die dort gefaßten Beschlüsse als annehmbar und ist besonders erfreut über die Einmütigkeit, mit welcher es unsere Vertreter verstanden haben, die Interessen der Gesamtkollegen wahrzunehmen. Aber das einseitige Urteil der Dresdner Gewerkschammer über die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe und deren Institutionen sowie die unerhörte Verdrückung unserer Funktionäre wie unseres Verbandes weist die Bezirksversammlung ganz entschieden zurück.“ Zu Punkt „Bezirksangelegenheiten“ erläuterte der Vorsitzende nochmals den Gausatzbeschluss betreffs Teilung des Chemnitzer Bezirks. Einstimmig stimmte man diesem Beschlusse zu. Nur die Kollegen von Kolditz und Rochlitz konnten infolge der geographischen Lage keine feste Zusage abgeben, ob sie sich dem Bornaer Bezirk anschließen oder im Chemnitzer Bezirk verbleiben. Als Vorwort wurde Borna gewählt. Der Bezirksvorstand setzt sich aus den Kollegen Streß, Immerthal und Hellriegel zusammen. Die nächste Bezirksversammlung findet wiederum in Borna statt. Nach Konstituierung des neuen Bezirks bestglücklichste Kollege Grohe den Namen des Gauvorsitzenden und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Bezirk stets erprobliche Arbeit leisten möge und die Kollegialität fördern helfe.

Charlottenburg. Durch die Neuerteilung des Berliner Gaus in Bezirke ergrünte sich das Weiterbestehen verschiedener keiner Ortsvereine. Denn die Bezirke sind eine geltgemäßere Organisationsform für Groß-Berlin, welche

die gewerkschaftliche Arbeit auf dem dringend der Bearbeitung bedürftigen Felde in rationaler Weise besorgen. Auch unser Ortsverein, der auf ein 42-jähriges Bestehen zurückblicken kann, ist hierdurch überflüssig geworden. Welche bewegte Vergangenheit er hinter sich und welche Ereignisse hat er miterlebt! An allen Lohn- und sonstigen Bewegungen im Gewerbe seit 1873 war er beteiligt. An allen Taten und Schmerzen der organisierten Charlottenburger Arbeiterschaft hat er als älteste Gewerkschaftsorganisation am Orte rühmlichen Anteil gehabt. Er war redlich bemüht, aufklärend und anregend zu wirken. Aber auch viele freudige Stunden wurden gemeinsam verlebt, deren sich die Kollegen wohl immer gern erinnern werden. Nachdem jetzt der Restbestand der Kasse an durchreisende Verbandskollegen verausgabt ist (während des Bestehens des Vereins erhielten mehr als 2000 Reisende 1250 Mk. Bistium), verschwindet hiermit der Ortsverein und ehemalige Bezirksverein Charlottenburg.

Dresden. Den Bericht über die Danziger Generalversammlung erstatteten am 3. Juli unsere Delegierten vor gutbesuchter Versammlung. Kollege Wendische wies darauf hin, daß die Mitglieder über die Beschlüsse der Generalversammlung ja durch den „Korr.“ bereits eingehend unterrichtet sind und es daher seine Aufgabe nur sein könne, noch einiges zu ergänzen. Die gewerblich gespannte Situation seitige danach eine noch auf keiner Generalversammlung zulage getretene Einmütigkeit schon bei Besprechung des Geschäftsberichts, der fast ohne Monita genehmigt wurde. Den Hauptpunkt bildete untreiflich die Debatte über die allgemeine tarifliche Lage in öffentlicher Sitzung, und hier wieder das vorzügliche Referat des Kollegen Döblin. Zu bedauern sei nur, daß nicht die gesamte deutsche Kollegenschaft sich die Ausführungen untre Verbandsvorsitzenden habe anhören können. Auf früheren Generalversammlungen habe man vielfach seine Ansichten als irrig bezeichnet, aber die Verhältnisse hätten ihm doch immer wieder recht gegeben. Wenn er in seinem diesmaligen Referat schärfere Worte gefunden, so könne von einem Frontwechsel keine Rede sein, denn die Situation sei eine so ernste, daß auch der andern Seite gefasst werden müßte, was nötig sei im Tarif- und Organisationsinteresse. Unsere Organisation lehnt eine Fondsgründung und die Schaffung eines Tarifparaberkungsausschusses ab, da es nur als ein großer Fehler bezeichnet werden könnte, sich heute schon auf Verhältnisse kommender Jahre festzulegen. Die in Danzig einstimmig angenommene Resolution bezeichnete der Referent als den Extrak der Tarifdebatte. Er streifte dann noch kurz die einzelnen behandelten Tagesordnungspunkte und glaubt u. a., daß durch die Aufnahme einer Überstundenkassette man doch in der Lage sein werde, auf gewisse Kreise einzuwirken. Die Sparendebatte entzündete vielleicht manchen, da man nach den vielen Anträgen etwas anderes erwartet hatte. Aber schon nach dem einleitenden Referat Döblins wäre den Sparten der Wind aus den Segeln genommen gewesen: es bleibt alles, wie es war. Unser Verhältnis mit den gegenseitigen Verbänden fand eingehende Besprechung und zeigte hier Kollege Wendische, wie z. B. die Schweiz und Österreich unsere Kollegen fernzuhalten suchen. Hier werde wohl oder übel eine Änderung eintreten müssen. Mit der Haltung des „Korr.“ sei man einverstanden. Das Obligatorium wurde auch diesmal abgelehnt, da nachgewiesen sei, daß das Verbandsorgan von fast allen Mitgliedern gelesen werde und die Kosten die etwaigen kleinen Erfolge durchaus nicht aufwiegen würden. Am Schluß seines Referats nahm Kollege Wendische Gelegenheit, das Schlusswort untre Verbandsvorsitzenden in einigen Punkten zu freifen, besonders auf die verschiedenen Strömungen im Gewerbe hinzuweisen, die zu gewissen Beschränkungen Anlaß geben. Mit welchen Mitteln versucht werde, die Tarifgemeinschaft zu diskreditieren und in den Schmutz zu ziehen, zeige das Gutachten des Dresdner Gewerbestemmer über die Tarifgemeinschaft und den Verband der Deutschen Buchdrucker. U. a. heißt es darin auch noch: „So war das Dresdner Tarifschiedsgericht seitens der Gehilfen viele Jahre mit Mitgliedern aus der sozialdemokratischen Dresdner Volkszeitung“ besetzt. Erst durch eine Tarifbestimmung mußte dem Einfluß gefast werden, und trotzdem sind auch jetzt noch der Vorsitzende, der Organisationsvertreter und sein Stellvertreter im Tarifschiedsgericht aus der Druckerei dieser Zeitung. Der Verband der Deutschen Buchdrucker bezweckt anfänglich die Unterstützung seiner Mitglieder bei Arbeitslosigkeit, Krankheit u. dgl. und wirkt insoweit wohlthätig für die Gehilfenschaft. Die Führer und Unterführer des Verbandes, die Tarifgemeinschaft und Verband für ein und dasselbe halten, betrachten es jedoch für ihre Hauptaufgabe, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei aufzuführen.“ Und nun die Krönung dieses ganzen Machwerkes, womit auch gleichzeitig die geheimen Wünsche veratet werden: „Zwar ist durch die letzten Tarifberatungen infolge der bewilligten Lohnerhöhungen der Frieden im Buchdruckergewerbe erhalten geblieben, ein großer Teil der Arbeitgeberschaft ist sich aber darüber einig, daß das Bestehen von zwei gleich starken Gehilfenverbänden im Interesse der Arbeitgeber und strebenden (!) Gehilfen liegt und daher der den christlichen Gewerkschaften angehörende Guttenbergbund mit allen Mitteln gefördert und womöglich beständig (!) unterstützt werden muß.“ Das Verlesen des „Wortfaktens“ wurde oft mit lauten Mißfallensdemonstrationen unterbrochen. Kollege Wendische wies darauf hin, daß wir alle Veranlassung hätten, gegen eine derartige Ausnahmestellung Einspruch zu erheben, besonders als zunächst in Mitleidenschaft Gezogene. Kollege Steinbrück hatte sodann die etwas undankbare Aufgabe, über die Beratung der Abänderungsanträge zum Statut und zu den Vorstandsbeschlüssen zu berichten. Er verstand es hierbei, das trockene Zahlenmaterial mit wissenswerten Bemerkungen zu durchschießen und hatte bis zum Schluß aufmerksame Zuhörer. Schon der Generalversammlung in Hannover

lag zum Unterfütigungswesen eine große Reihe Anträge vor, die aber durch Übergang zur Tagesordnung ihre Erledigung fanden. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, der Gavourferberkonferenz eine Vorlage zu unterbreiten, deren Beschlüsse das Fundament zu den Beratungen in Danzig bildeten. Die Eiferische Begründung der Vorlage, die Kollege Grammann verlas, sei ein Appell an die gesamte deutsche Kollegenschaft gewesen. Deutlich und ungeschminkt wurde gezeigt, wo uns der Schuh drückt. Mit untern Unterfütigungseinrichtungen sei man früher zu weit über das Ziel hinausgegangen. Die älteren Mitglieder kommen zu kurz gegenüber den jüngeren, die nach der Aussteuerung, oder um die Aussteuerung zu umgehen, auf die Reise gehen und für weitere 280 Tage Reiseunterfütigung beziehen können — gegen eine ganz minimale Beitragsleistung. Sodann wurden vom Redner die Beschlüsse zu den einzelnen Paragraphen einer eingehenden Besprechung und Erläuterung unterzogen. Die Aushebung des Arbeitslosenzuschusses der Gasse und Übernahme auf die Verbandskasse wurde von der Kommission abgelehnt, da sie es sich zur Aufgabe gemacht hatte, nur im Rahmen der Beschlüsse der Gavourferberkonferenz zu arbeiten. Die kleinen Gasse lehnten weiter die Aushebung ab, um eine Beitrags-erhöhung zu vermeiden. Die großen Städte wieder, um eine Überfütung durch Arbeitslose zu verhindern. In tariflicher Beziehung sei dieser Standpunkt berechtigt, und wir werden uns wohl mit der Nichtaushebung der Zuschüsse ausöhnen müssen. Steinbrück beendete seine Darlegungen mit dem Hinweis, daß zwar nicht alles gewünscht als bewilligt mit nach Hause gebracht werden konnte, aber wir müßten uns daran gewöhnen, bei Bewertung der Generalversammlungsbeschlüsse auch den Ernst der gegenwärtigen Situation in Betracht zu ziehen. Die Kommission, der Redner selbst angehörte, habe in erster Arbeit versucht, das Mögliche im Rahmen des jetzigen Beitrags herauszuholen, und es sei nur zu wünschen, daß unsere Mitglieder einmütig hinter den Beschlüssen der Generalversammlung stehen. Der Vorsitzende berichtete hierauf noch kurz über die erfolgte Feier des 25-jährigen Vorstands-jubiläums des Kollegen Döblin. Keiner sei wohl unter uns, der diesem untre Organisation so verdienten Manne nicht die Ehrung von Herzen gönnte, womit der Verband auch gleichzeitig sich selbst ein gutes Zeugnis ausstelle. Reicher Beifall lohnte beiden Rednern die gebaute Mühe. Kollege Weise eruchte, von einer Diskussion über die Generalversammlungsbeschlüsse abzusehen, kleine Sonderwünsche zu unterdrücken und geschlossen hinter untern Führern zu stehen. Die Versammlung stimmte dem zu, und erklärte hierauf noch Kollege Wendische, daß durch die Provokationen der Dresdner Gewerbestemmer der Gehilfenschaft demonstriert werde, was man von den Versicherungen der Prinzipalität zu halten habe, auch weiter mit uns in Frieden zu leben. Das eine aber zeitigen diese Vorkommnisse: Die Gehilfenschaft werde wie nie zuvor zumungemüßigt zu einer geschlossenen Masse, an der die Friedensstörer sich gründlich die Köpfe einsteifen werden.

E. Graudenz. Auch die Pflege der Kollegialität untereinander hat mit dazu beigetragen, daß unser Verband eine so achtunggebietende Größe und Ausdehnung erreicht hat. Im aber die Kollegialität in immer weiteren Kreisen auch hier im Osten untre Vaterlandes zu festigen, hatten die beiden benachbarten Ortsvereine Graudenz und Marienwerder den Plan gefast, in diesem Jahr eine gemeinsame Feier zu veranstalten. Und dieser Plan kam auch zur Ausführung durch das am 6. Juli in Gr.-Neubrau veranstaltete gemeinsame Johannistfest der beiden Ortsvereine. Für die Graudenz Kollegenschaft begann die Feier mit einer Dampferpartie nach dem ungefähr in der Mitte zwischen Graudenz und Marienwerder schön an der Weichsel gelegenen Borsfor. Hierzu hatte sich die größte Anzahl der Kollegen mit ihren Familien und auch viele Gäste eingefunden. Nach einer herrlichen Fahrt durch das schöne Weichselgebiet, die durch Konzert angenehm ausgefüllt wurde, langte man in Gr.-Neubrau an, um die Marienwerder Kollegen, die mit der Bahn kamen, mit Musik vom Bahnhof abzuholen. Nach den ausgelassenen Begrüßungen entwickelte sich in dem schönen Garten bald ein reges Leben. Es begann die eigentliche Feier. Nach einleitenden Konzertsünden der Kapelle des Jägerregiments zu Pferde Nr. 4 aus Graudenz und dem vom Gesangsverein „Der Gesellige“ gut vorgegetragenem Liede „Heil Outenberg“ hielt der Vorsitzende des Ortsvereins Marienwerder, Kollege Zilian, die Festrede. Redner führte aus, daß zwischen den beiden Ortsvereinen schon lange ein gutes kollegiales Verhältnis bestebe und die Anregungen zu gemeinsamen Feiern schon in früheren Jahren erfolgte und jetzt zum Nutzen beider Vereine zur Ausführung gelangt, wofür er dem Ortsvereine Graudenz besonders danke. Denn nur ein festes Zusammenhalten der Kollegen könne uns immer mehr und mehr stärken lassen. Die vor kurzem beendete Generalversammlung in Danzig habe dieses aufs glänzendste bewiesen. Dort hauptsächlich trat die Einigkeit der Kollegen bei allen Fragen von einschneidender Bedeutung hervorragend in Erscheinung. Auf das Wesen der Johannisteste und die Einrichtungen des Verbandes übergehend und diese den Versammelten vor Augen führend, schloß Redner mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband. Nun folgten die übrigen abwechselungsreich zusammengestellten Programmnummern, in die sich die Musikkapelle sowie der Gesangsverein „Der Gesellige“ recht teilten. Letzterer besonders erntete für seine wohl gelungenen Aufführungen lebhaften Beifall.

Leipzig. (Korrekturen.) In der Versammlung vom 7. Juli gab Kollege Werner einen kurzen Bericht von der Verbandsgeneralversammlung in Danzig. Er ging hauptsächlich auf die Spartenfrage ein und empfahl, jene Beschlüsse der Generalversammlung zu beachten, die ein zu breites Auswachsen der Sparten verhindern wollen.

Es soll weniger Verbands- und gewerkschaftliche Politik getrieben werden, vielmehr sollen die Spezialvereinigungen technische und Fortbildungsfragen behandeln. Daß auf diesem Felde noch genügend zu tun ist, bewies die lebhaft allgemeine Ausprache über orthographische und grammatische Schwierigkeiten und Zweifelsfälle, die den übrigen Teil des Abends ausfüllte.

Leipzig. (Maschinenfester.) In der Versammlung am 6. Juli brachte der Vorsitzende Bleichschmidt unter „Bereinsmitteilungen“ eine ganze Reihe innerer Angelegenheiten zur Sprache, u. a. auch, daß von Mitte Juli ab für Kinotypenfer Kurse im Buchgewerbehaus stattfinden werden. Verschiedene Schiedsgerichtsurlaube riefen eine eingehende und lange Debatte hervor. Die Berichterstatterung über Danzig erfolgte ebenfalls durch den Vorsitzenden. Bei seinen Ausführungen griff er zugleich juristisch auf die Brandenburger Maschinenfabrikung, von welcher letzterer er interessante Mitteilungen über das Zustandekommen des Leipziger Wettbewerbs sowie über das Geschrei der verschiedenen Prinzipale über den Mangel an tüchtigen Maschinenfernern machte. Wie sich aus der anschließenden Debatte ergab, ist man mit dem Ausgange der Danziger Generalversammlung sehr zufrieden. Die Augustversammlung wird ausfallen. Nächste Versammlung am 6. September.

G. Mannheim. Unser Johannistfest, das am 28. Juni in den „Kaiserfilen“ stattfand, hatte einen guten Beluch aufzuweisen und amüsierten sich unsere Mitglieder mit ihren Angehörigen aufs beste. Das Programm war sehr reichhaltig. Unsere „Synagoga“ übernahm den gesanglichen, die „Seher“kapelle den musikalischen Teil. Außerdem wirkte noch das „Rheinische Männerquartett“ mit, welches mit seinen humoristischen Vorträgen, Couplets usw. die Lachmuskeln der Anwesenden in Bewegung setzte. Im Glanzpunkte des Abends stand die Festrede untre Gavourstellers Fuhs; er erwähnte besonders das 50-jährige Bestehen des Gaus Mittelrhein und schilderte die Kämpfe, die unser Gau im besondern in dieser Zeit auszufechten hatte. Unsere Zeiten seien ernst, und Pflicht eines jeden Kollegen sei es, einiger denn je zum großen Ganzen zu halten. Mit einem Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker schloß er seine Rede, die mit reichem Beifall aufgenommen wurde. Ein Glückwunschtelegramm des Verbandsvorstandes sowie ein Schreiben des erkrankten Kollegen Ruhs aus Friedrichsheim wurden zur Verlesung gebracht. Den Schluß bildete ein Tanzvergnügen, in das jung und alt sich teilten. Alles in allem: Es war wieder ein schönes Buchdruckerfamilienfest! — Unsere letzte Mitgliederversammlung fand am 5. Juli im Vereinslokale „Prinz Max“ statt und hatte sich eines zahlreichen Beluchs zu erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Lauffer den beiden verstorbenen Kollegen Heinrich Kappes und Otto Rau einen warmen Nachruf. In den Verband aufgenommen wurden vier Kollegen. Der freien Turnerschaft wurden 30 Mk. überwiefen als Beihilfe zur Ausführung ihres geplanten Bauprojekts. Es wurde mitgeteilt, daß mit dem 1. Juli die städtische Arbeitslosenversicherung in Kraft tritt; es treten auch untre Kollegen in den Genuß derselben. Die Berichterstatterung über die Verbandsgeneralversammlung in Danzig hatte unser Gavoursteller Fuhs übernommen. In seinen Ausführungen schilderte er den Gang der Verhandlungen, wofür ihm reichlicher Beifall zuteil wurde. Daß alle Kollegen mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden waren, zeigte die Annahme folgender Resolution: „Die heute, am 5. Juli, stattgefundene Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen untre Verbandsgeneralversammlung einverstanden. Insbesondere erklärt sie sich einverstanden mit den Maßnahmen und Beschlüssen, die entsprechend der heutigen Situation innerhalb des Gewerbes im allgemeinen und der untre Organisation im besondern gefast wurden. Die Versammlung begrüßt den harmonischen Verlauf der Generalversammlung und erblickt darin die beste Gewähr für eine gedeihliche Fortentwicklung untre Organisation. Sie erklärt weiter, daß sie bestrebt sein werde, bei Durchführung der gefastten Beschlüsse tatkräftig mitzuwirken.“ Unter „Verchiebenem“ wurde noch eine Affäre zur Sprache gebracht, die sich in der Handelsdruckerei Kaß, allwo der Moniteur des Arbeitsgewerbandes hergesteltt wird, abspielte. Herr Kaß vergriff sich an einem Kollegen, der abends im Begriffe war, seine Arbeitsstelle zu verlassen, fälschlich und mißhandelte ihn. Der betreffende Kollege meißelte infolgedessen natürlich das Dorado des Herrn Kaß und klagte beim Tarifschiedsgericht auf Zahlung von Lohn für 14 Tage, was ihm vom Schiedsgericht einstimmig zugesprochen wurde.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Ferien! In Steffin gewährte die Buchdruckerei Karl Steinhardt (Zuhaber Karl Steinhardt und Karl Bärner) ihrem technischen Personal 3 und 6 Tage Erholungsurlaub, in Selb (Oberfranken) die Buchdruckerei F. Müsch (Verlag des „Selber Tageblatts“ und „Egeraltboten“) bei einer Beschäftigungsgröße bis zu 5 Jahren 3 und bei einer solchen von über 5 Jahren 6 freie Tage, in Olau die Buchdruckerei R. Dulce (Zuhaber Hans Gardie, „Glauchauer Tageblatt und Anzeiger“) verluhsweise 2 freie Tage ohne Strenge sowie die Buchdruckerei Richard Schönlebe 4 Tage ohne besondere Bedingung und in Eckernförde bewilligte die Buchdruckerei G. C. Schwenten („Eckernförder Zeitung“) ihren Gehilfen bei einer Beschäftigungsgröße von 1 bis 5 Jahren 3 und bei über 5 Jahren 6 Tage Erholungsurlaub; die Lehrlinge erhalten vom zweiten Lehrjahr ab 2 freie Tage.

(Stierzu eine Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 82 — Leipzig, den 19. Juli 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Düsseldorf legten die Kollegen Abraham Beck und Karl Biehl aus Ohligs sowie aus Remscheid die Kollegen Kurt Wandel und Walter Meis die Meisterprüfung ab.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Die Siegelmarke der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914, die bisher nur in einer Farbe, schwarz auf gelb, erschienen war, wird nunmehr in zehn verschiedenen Farben ausgegeben, und zwar wird sie nicht, wie allgemein üblich, verkauft, sondern an Interessenten kostenlos abgegeben. Die Verschlussmarke ist vorläufig noch die gleiche Schriftmarke wie früher und zeigt den Text „Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig“, darunter die Zahl 1914. Außerdem ist die gleiche Marke mit dem Aufdruck „Als Aussteller berechtigt an der Internationalen Ausstellung usw.“ erschienen, zur Benutzung für diejenigen Firmen, die auf der Buchgewerbeausstellung vertreten sind. Die Schriftmarke wird später durch eine Bildmarke ersetzt, und zwar wird sie das neue, von Professor Tiemann entworfene Plakat zeigen: einen Jüngling mit einer brennenden Fackel, der auf dem alten Greife, dem alten Buchdruckerwahrzeichen, durch die Lüfte zur Erde hinabfährt.

Neue Maulwurfsarbeit im Prinzipalslager. Obwohl es unbestritten ist, daß der Deutsche Buchdruckerverein sich im letzten Jahre die größte Mühe gegeben hat, den destruktiven Elementen im Prinzipalslager des deutschen Buchdruckgewerbes einen Gefallen nach dem andern zu erweisen und Schritt für Schritt vor der Opposition zurückgewichen ist, so sind die Herren vom Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe doch nichts weniger als lehrdilig. Sie bekunden aufs neue einen wahren Wollstuhler nach irgend einem gererbepolitischen Staatsfick und legen neuerdings wieder Himmel und Hölle in Bewegung, um Protesten für ihre unfruchtlichen Ideen hinsichtlich eines Umstülpens der bisherigen gewerblichen Ordnung im Buchdruckgewerbe zu machen. Das wird in erster Linie durch ein neues Flugblatt versucht, dem als Motto in der Aufmachung eines Wahlflugblatts die Worte eines „hochstehenden Staatsbeamten“: „Unsre Hoffnung ist, daß das Buchdruckgewerbe endlich sich ermanne und die Geissen, die ihm durch die bisherige Tarifpolitik angelegt sind, abschütteln wird“, voranzutreiben. „Da“ in dem „Flugblatt“ der „hochstehende Staatsbeamte“, der eine solche Brandrede gegen die Tarifgemeinschaft gehalten haben soll, nicht näher bezeichnet ist, so nehmen wir vorläufig an, daß es sich um irgend einen Leuchtturmwärter handelt, der bei einem guten warmen Grog die soziale Frage zu lösen versucht, dabei aber auf ein Gebiel geraten ist, das ihm so wenig geläufig als uns Landrakten kein Signaldienst als Staatsbeamter hoch oben im Leuchtturm. Um übrigen ist das Pamphlet weiter nichts als ein schillerhafter Alibiakt aller Ladenhüter, die seit Jahr und Tag logenante Speecheilen für den Leitartikel des „Arbeitgebers für das Druckgewerbe“ abgeben und mit einer geradezu bewundernswerten Oberflächlichkeit einem geduldeten, tieferem Denken abhocken und bescheidenen Leserkreis immer und immer wieder vorgekauft werden. Da unsre Generalversammlung in Danzig solchen Querschnitten gegenüber ganz genaue Parole ausgegeben hat, so sehen wir selbstverständlich diesem Treiben mit größter Gelassenheit zu, da wir solche Maulwurfsarbeit nichts weniger als zu fürchten brauchen; im Gegenteil, sie als die Kraft betrachten dürfen, die für uns das Böse will und nur das Gute schafft. Zum Danke dafür wollen wir aus dem Flugblatt nur einen kleinen Auszug anführen, damit unsre Kollegen wenigstens einen kleinen Überblick davon haben, mit was für Gedanken sich diese Prinzipalsradikalitäts das Leben verblöden und uns erheitern. Es heißt da: „Von Anfang an haben die führenden Prinzipale in der Tarifgemeinschaft nur mit dem sozialdemokratischen Geistesverbande den Tarif abgeschlossen und diesen in jeder Weise begünstigt und gefördert. Im Jahre 1896 zählte jener Verband kaum 20000 Mitglieder, jetzt sind es etwa 67000, d. h. fast alle Gehilfen (mit Ausnahme von 3 bis 4%) gehören ihm gegenwärtig an. Diese ausschließliche Begünstigung des sozialdemokratischen Geistesverbandes war der große Fehler, an dessen Folgen wir heute krankten, und aus dem alle weiteren Fehler hervorgegangen sind. Denn die Sozialdemokratie weiß, was sie will, und von ihr gilt in vollem Maße das Wort: Wer mit ihr anbindet, der ist angebunden.“ Um nur überhaupt einen Tarif zustande zu bringen und den gefährlichen Streik zu vermeiden, mußte den sozialdemokratisch-wirtschaftlichen Forderungen des Geistesverbandes immer mehr nachgegeben werden. Und, was das Schlimmste ist, die führenden Prinzipale in der Tarifgemeinschaft liebten sich, je länger je mehr, in die Anschauungen und Forderungen des Geistesverbandes ein und erkannten sie in weitgehendem Maße als berechtigt an. So wurden die Anhänger und Vertreter der unheilvollen Brentanoschen Sozialpolitik, und aus dem ursprünglichen Vertragsverhältnis wurde nach und nach ein gewisses Freundschaftsverhältnis, das sich auf beiderseitige Geistesgemeinschaft gründete und zur Folge hatte, daß auch das Prinzipalsblatt, die „Zeitschrift“, immer mehr den Charakter eines Prinzipalsblatts verlor.“ Und so geht es vier gedruckte Quartseiten lang mit Grazie weiter. Ein Anfinn schlägt den

andern fort bis zu der Weisheit letztem Schlusse, der darin besteht, daß nur noch der Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe die einzige Rettungsstation für alle Unternehmer im Buchdruckgewerbe, die aus der ganzen Entwicklungsgeschichte des Buchdruckgewerbes in den letzten Jahrzehnten alles vergessen oder nichts gelernt haben, sein kann. Uns wundert nur, daß angeichts solcher Erfahrungen mit unsrer Tarifgemeinschaftspolitik unsre sozialdemokratischen Kollegen dem Verbandsvorstand und sämtlichen Tarifamtsbeisitzern noch keine Vorbeerkränze gewunden haben und Rosa Luxemburg die deutschen Buchdrucker noch nicht als ihre Leibgarde erkoren hat.

Ein deutscher Bischof gegen die christlichen Gewerkschaften. Wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, hat Bischof Korum in Erier in letzter Zeit einen neuen Stoß gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften geführt, indem er den Vorsitzenden der katholischen Arbeitervereine in seiner Diözese eine Weisung gegeben ließ, in der es u. a. heißt: „... daß es nunmehr Pflicht der Geistlichen sei, nur für die katholische Standesorganisation einzutreten. Wenn es unter den in der Enzyklika angeführten Bedingungen geduldet werde, daß katholische Arbeiter gemischten (christlichen) Gewerkschaften als Mitglieder angehören, so sollen aber die Geistlichen jene Gewerkschaften nicht fördern und nicht für sie werben. Neue Gewerkschaften dieser Art sollen nicht gegründet werden; in keinem Falle dürfen Geistliche beim Veruche solcher Neugründungen mitwirken.“ Das heißt, Bischof Korum lehnt die interkonfessionellen Gewerkschaften für seine Diözese auf den Ausstoß ab. Daß er damit durchaus im Sinne der vatikanischen Politik handelt, kann keinem Zweifel unterliegen. Aber auch an dem neuen Kölnener Erzbischof dürfte der Bischof von Erier eher einen Rückhalt für seine Bestrebungen als einen Gegner haben. So könnte der Eriener Vorstoß für die M. Gladbacher Allverweisschriften größter Wahrscheinlichkeit nach noch sehr unbequem werden. Und schon verlaufe von anderer Seite, daß ein weiteres bischöfliches Rundschreiben an die Eriener Geistlichkeit ergangen ist, das sich gegen den neuen christlich-interkonfessionellen Verband der Land- und Weinbergsarbeiter richtet, an dessen Spitze der protestantische Abgeordnete Behrens steht. In den Reihen der Köln-Gladbacher Richtung hat dieses Vorgehen hochgradige Erbitterung hervorgerufen. Den öffentlichen Kampf haben aber beide Gruppen bisher zu vermeiden gesucht. Es ist jedoch mit einer Frage der Zeit, daß die Auseinandersetzungen wieder in verschärfter Form öffentlich zum Ausdruck kommen werden.

Ein Klagefied der Versicherungsagenten. In einem Artikel der „Bundeszeitung“, Organ des Bundes der Versicherungsvertreter Deutschlands, heißt es unter der Überschrift „Mehr Rückgrat!“ u. a.: „Klagen über die Geringschätzung, mit der der Stand des Versicherungsagenten von einem großen Teile des Publikums behandelt wird, werden nicht aufhören, solange die Direktoren bzw. deren Organisationschefs sich nicht angewöhnen können, etwas weniger Feilschung auf große Abzugszahlen zu zeigen. Die Abneigung gegen uns (die Versicherungsagenten), die in kleineren Kreisen sogar in Angst ausartet, ist sehr oft berechtigt.“ Nach dem Artikelsschreiber ist diese aus dem kapitalistischen Wesen der Versicherungsgesellschaften sich ergebende Erscheinung darauf zurückzuführen, daß es sich hierbei durchweg um Neulinge handelt, die noch einen „ganz falschen Begriff von dem Beruf und der Ehre ihres Standes“ haben. Recht interessant ist, wie der Artikelsschreiber ferner die Art der Anstellung der Versicherungsagenten schildert. Er schreibt: „Unendlich groß ist das Meer dieser Überläufer (womit die Neulinge gemeint sind), die fast stets in ihrem Zivilberufe verfaßt oder umgeworfen haben und dann „für die Versicherungsbranche gerettet werden“, indem sie ihre Bewerbung auf irgend eine verlockende Anzeige einreichen. Da wird zufällig von der Direktion oder, was besser klingt, Generaldirektion einer großen Versicherungsgesellschaft, die fast alle Branchen bearbeitet, ein Herr aus besten Kreisen mit großem Bekanntheitsgrade für den Posten eines Generalagenten gesucht. Dieser Posten bringt ein hohes, festes Einkommen mit sich, gewährt volle Selbstständigkeit usw. und ist sehr entwicklungsfähig. Besonders geeignet für Nichtfachleute, deren Einarbeitung durch Direktionsorgane erfolgt usw. ... Man kann sich nicht wundern, wenn sich die in ihrem Beruf Entgeistes um diesen verlockenden Posten bewerben und ihn auch meistens bekommen, d. h. es werden anstatt des einen gesuchten Generalagenten soviel angefeilt, als sich beworben haben, sechs oder acht auf einmal. ... Von hier aus (vom Bureau aus) betreiben sie ihr Geschäft auf jede mögliche Art und Weise. ... Geschäft auf jeden Fall, ist die Parole vom Direktor bis zum Akquisiteur herab, und danach wird gehandelt. Der eine „Generalagent“ stellt sich wieder die durch neue verlockende Annoncen gewonnenen „Subgeneralagenten“ an und läßt diese wirtschaften, wie es ihnen ihr Verstand gerade einbildet. Und so weiter mit Grazie.“ Trefflicher könnten auch wir das System der kapitalistischen Versicherungsakquisition nicht schildern. Zwar will der Artikelsschreiber mit seinen Ausführungen nur die Einbringlinge, die Berufsfremden fressen, die keine „Standesherren“ besitzen und den Beruf der Versicherungsvertreter kompromittieren, an den mitgeteilten Tatsachen ändert dies aber nichts. Es würde dem Artikel-

schreiber übrigens sehr schwer fallen, eine genaue Grenzlinie zwischen den vor seinem Standpunkt aus als einwandfrei geltenden Versicherungsvertretern und solchen, die er als parasitische Fremdkörper stigmatisiert, zu ziehen. Die von der „Bundeszeitung“ der Versicherungsvertreter durch die Veröffentlichung des besprochenen Artikels zugestandenen Mißstände in der Versicherungsakquisition können nur behoben werden durch eine Reform des Privatversicherungswezens an Haupt und Gliedern. Die gewerkschaftlich-gesellschaftliche „Volksfürsorge“ ist das beste Mittel dazu.

Kindarbeit und Zollopplik. Wie bürgerliche Blätter melden, hat der Finanzausschuss des Senats der Vereinigten Staaten bei der Beratung der Zolltarifrevision den Beschluß gefaßt, wonach bei der Einfuhr aus Ländern, in denen die Industrie Strafgefangene oder Kinder unter 14 Jahren beschäftigen darf, eine eidesstattliche Versicherung gefordert werden soll, daß die eingekaufte Artikel nicht von diesen Arbeitergruppen hergestellt sind. Sollte diese Bestimmung wirklich Gesetz werden und so gewissenhaft durchgeführt werden, daß sich die europäischen Importländer zur gezielten Befreiung der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gezwungen läßen, so wäre ein solcher Beschluß nur zu begrüßen. In Deutschland z. B. ist nur die Arbeit von Kindern unter 13 Jahren gesetzlich verboten. Auch die Zurückweisung der Arbeit von Gefangenen, unter deren Schmutzkonferenz auch die Arbeiter in Deutschland leiden, würde zu einem sozialpolitischen Fortschritt führen. Die bürgerliche Presse jammert zwar, daß diese neuen Beschlüsse der Zollkommission nur Schikane seien, weil es für den Exporteur nicht möglich sei, festzustellen, ob bei seinen Waren in irgend einem Stadium der Verarbeitung auch die bezeichneten Gruppen mitgearbeitet hätten. Durch gesetzliche Regelung für alle Industrien könnte der Vorstoß aber leicht entprochen werden. Mögen die Motive auch rein wirtschaftlicher Natur sein, um die Einfuhr zu erschweren, die Wirkungen einer solchen Maßregel verlieren dadurch nichts an sozialpolitischem Werte.

Gewerkschaftsnachrichten. In Hamburg ist es in den letzten Tagen wegen der Mahreglung von Vertrauensleuten im Verlauf einer Lohnbewegung der Werftarbeiter zu umfangreichen Arbeitsniederlegungen, und zwar trotz der Mahnung der zuständigen Zentralvorstände, vorläufige Gewehr bei Fuß zu stehen und ruhig Blut zu bewahren, gekommen. Nach den neuesten Meldungen wurden in ganz kurzer Zeit 19000 Arbeiter ausständig. Dadurch kam der Schiffsbau auf den meisten Hamburger Werften zum Stillstand, und die Werftbesitzer drohen mit einer Generalaussperrung. Infolgedessen trafen die Zentralvorstände der beteiligten Gewerkschaften in Hamburg zu einer außerordentlichen Konferenz zusammen. Sie haben nach eingehender Beratung die Arbeitsniederlegung als einen vorzeitigen und sehr bedauerlichen Schritt der Werftarbeiter bezeichnet. Die noch schwebenden Verhandlungen seien durch die Arbeitsniederlegung unterbrochen und die von den Organisationsstellen in mehreren Konferenzen vorbereitete Bewegung sei zunächst in Frage gestellt. Die Vorstände könnten schon aus statutarischen Gründen den Ausstand nicht anerkennen und müßten deshalb auch die Unterfückung versagen. Die Vorstände könnten unter diesen Umständen ihren Mitgliedern nur empfehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Auch in Steffin ist es inzwischen auf den Werften zum Ausstände gekommen. — Der Streik der Erdarbeiter in Mühlhausen i. G., der, wie wir schon in voriger Nummer mitteilten, zu einer ganz außerordentlichen Begünstigung der Unternehmerinteressen durch Polizei- und Militärgewalt Anlaß gab, hat nunmehr durch erfolgreiche Bemühung des Bürgermeisters sein Ende gefunden. Die Baufirma erkennt den für Mühlhausen geltenden Teil des Lohns für das Baugewerbe an.

Verschiedene Eingänge.

„Elementarunterricht in Schrift.“ Herausgegeben von Heinrich Wienk in Berlin. Heft 3. Übungen mit der Breisfeder. Verlag: Ferdinand Ashelm, Berlin N 93. Preis 50 Pf.

Gestorben.

In Dresden am 16. Juni der Seherinvalide Robert Liebmann aus Hippoldswalde, 72 Jahre alt — Magenkrebs; am 22. Juni der Drucker Franz Schönsfelder von dort, 52 Jahre alt — Herz- und Lungenleiden.

In Sagen am 14. Juli der Maschinenseher Wilhelm Zimmermann, 52 Jahre alt.

In Hamburg am 1. Juli der Buchdruckereibesitzer Anandus Henkel, 60 Jahre alt.

In Köln a. Rh. am 9. Juli der Seher Alfred Boos aus St. Wälfen, 66 Jahre alt.

In Leipzig am 5. Juli der Seherinvalide Emil Künne aus Leipzig-Neureuditz, 60 Jahre alt — Arterienverkalkung; am 8. Juli der Stereotypenvalide Bruno Frömming, 60 Jahre alt — Gehirnschlag.

In München am 4. Juli der frühere Buchdruckereibesitzer Ludwig Mühl, 88 Jahre alt.

In Steffin am 14. Juli der Buchdruckereibesitzer Moriz Bauchwitz.

In Weidmannslust bei Berlin am 8. Juli der Faktor Julius Lüdke, 32 Jahre alt.

In Würzburg am 11. Juli der Seher Joseph Wabler, 34 Jahre alt — Schwindjuch.

Briefkasten.

W. D. in St.: Nun freilich muß da eine Verlobung stattfinden. — Nach Düsseldorf: Unsern Dank für weitere Übersendung. — F. K. u. P. G. in W.: Also erledigt. — E. D. in M.: Wird aufgenommen, wenn auch erst in einigen Nummern und dann gekürzt. — Nach Kiel: Gleich zweifach erhalten. Dank! — Ch. M. in M.: Leider kam Ihr Bericht zu spät in unsere Hände, weshalb wir davon kaum noch Gebrauch machen können. — Fr. S. in N.: Haben Ihre Beschwerde der hiesigen Zeitungspost übermittelt. — S. K. in Mannheim: 2,30 Mk. — P. F. in Frankfurt a. O.: 2 Mk.

Richtigstellung: In dem Berichte von Böblingen in Nr. 79 auf Seite 3 in Zeile 8 ist „Westfälische“ statt „Westfälische Zeitung“ zu lesen.

□ □ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Zur Berichtigung des am 2. August neuerscheinenden Adressenverzeichnisses werden diejenigen Bezirksvorsteher

und -kassierer bzw. Vorstehenden der größeren Mitgliedschaften, die ihre Wohnung verändert und diese Veränderung im „Korr.“ noch nicht bekanntgegeben haben, ersucht, ihre neue Adresse bis spätestens 24. Juli der Hauptverwaltung, Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II, anzugeben.

Berlin, den 15. Juli 1913.

Die Hauptverwaltung.

Bezirk Posen. (Wahl der Delegierten zum Gauag.) Es erhielten in Posen: Wegner 142, Reinke 136, Reih 126, Langberg 125, Klose 121, Kremer 112, Trzebinski 104, Freche 92, Weber 92, Kuhnke 80, Fiedler 79, Subitz 74, Trepping 72, Paul Schmidt 72, Jänich 71, Banczyh 59, Ferd. Schulz 47, Böhlken 36 Stimmen. Die Gelpfergedruckten sind gewählt. — Im Bezirke sind gewählt: Fichtenke (Fraustadt), Döbrich (Wirnbaum), Thomas (Waldenau), Wofhe (Wissa), Hünewaldt (Ostrowo), Karmolinski (Gnesen).

Somburg v. d. S. Der Seher Louis Sauerzapfe wird hiernit aufgefodert, seinen Verpflichtungen unserm Ortsvereine gegenüber sofort nachzukommen, andernfalls Auschlussantrag gestellt wird.

Adressenveränderungen.

Breslau. (Verein der Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplastiker Schlesiens.) Vorstehender: Karl Berg, Karuthstraße 17 pf.

Wülheim, Ruhr. (Maschinemeisterverein.) Vorstehender: Heinrich Buschhausen, Dohne 39 I.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
In Karlsruhe der Maschinenseher Hermann Kohner, geb. in Karlsruhe 1874, ausgl. dal. 1893; war schon Mitglied. — Gustav Erb, Wülheimstraße 36 IV.
In Rinz der Seher A. Barthel, geb. in Schönau (Preuß. Schlesien) 1889, ausgl. in Goldberg (Schlesien) 1907; war schon Mitglied. — Franz Bockenhuber, Urfahr-Rinz (Oberösterreich), Rosenauer Straße 13.

Verammlungskalender.

Altenburg. Verammlung Donnerstag, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftsheim“.
Barmen. Verammlung heute Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Parlamentstraße.
— Außerordentliche Bezirksverammlung Sonntag, den 27. Juli, nachmittags 3 Uhr, im „Bistoriasaal“ in Barmen, Parlamentstraße (neben dem „Gewerkschaftshaus“).
Bayreuth. Verammlung heute Sonnabend, den 19. Juli, im Restaurant Zurucker, Unterer Markt.
Braunschweig. Maschinenerebezirksverammlung Sonntag, den 27. Juli, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Kaffeehaus“ in Wolfenbüttel.
Frankfurt a. M.-Offenbach. Außerordentliche Stereotypen- und Galvanoplastikergeneralverammlung Sonntag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Kolleg 4).
Frankfurt a. M. Maschinenseherverammlung Sonntag, den 20. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Landsiedl“, Römerberg.
Regnit. Bezirksmaschinenmeisterverammlung Sonntag, den 20. Juli, vormittags pünktlich 9 Uhr, im Vereinslokale.
Neubabelsberg. Verammlung heute Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zur Friedensburg“.

Frankenthaler Schnellpresse
l. R. 45 : 62,5 cm, in tabellef. Zustände, mit allem Zubehör, für nur 1200 Mk. günstig zu verkaufen.
F. Borchardt, Köln, Magunstraße 14. [111]

Polnischer Seher
für dauernde Beschäftigung gesucht. [100]
„Parodowicz“, Serne i. W.

Monotypelaster
verkauft mit Modell D, zum baldigen Eintritte gesucht. Vorzüglicher Manutypelaster Bedingung. Offerten mit Zeichnungen unter G. P. 63 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Monotypgießer
für eine Stiehmaschine zur Aushilfe auf einige Wochen bei 36 Mk. Gehalt sofort gesucht. [107]
Friedrich Buefel, Buchdruckerei Regensburg.

Monotypseher
wird für dauernde Beschäftigung gesucht. Schriftliche Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Dauer der Ausbildung und der Gehaltsansprüche erbeten. [105]
Pierereche Buchdruckerei Altenburg (S.-M.).

Typographseher
mit längerer Praxis, guter Maschinennner, für A-Maschine in Tageszeitung spätestens zum 29. Juli gesucht. [109]
Off. Offerten erbeten an
R. Niedermaier, Rosenheim (Bayern).

Galvanoplastiker
jüngere, tüchtige Kraft, für Prägen und Abbeden gesucht. [103]
Kiltscheefabrik Hans Fleischmann Nürnberg.

Galvanoplastiker
mit allen Arbeiten durchaus vertraut und zuverlässig, in angenehme, dauernde Stellung gesucht. Off. Offerten mit Angaben über bisherige Tätigkeit, Lohnansprüche usw. an [79]
Kunstanstalt „Chemigraphie“ (Inh. Walter Becker), Bielefeld.

Stempelschneider
nur erstklassige Kräfte, gegen hohen Lohn gesucht. [78]
Erbs, Berlin, Brandenburgstraße 72/73.

Wkzidenzseher
erste Kraft, mit modernem Materiale vollständig vertraut, flott und sicher arbeitend (auch für bessere Inzertale), sucht sich zu verändern. Prima Zeugnisse und selbstgelegerte Arbeiten zu Diensten. Größere oder kleinere Stadt Sachsens bevorzugt. Suchender reflektiert nur auf dauernde Stellung. Off. Offerten mit Gehaltsangabe unter Fr. J. 72, Chemnitz, postlagernd (Postamt Rahnstraße), erbeten. [99]

Tüchtiger Abzieher
in Werk, Werkstatt und Bunt durchaus firm, sucht sich zu verändern. Off. Off. unt. C. N. 100 postlagernd Dortmund.

Auf Teilzahlung
Spielwaren Wirtschafst-Artikel
liefern die besten Uhren u. Goldwaren, Sprechmaschinen, Geschenkartikel, Musikwerke, Photograph.Apparate, Christbaumschmuck usw.
Jonass & Co., Berlin K. 407
Belle-Alliance-Str. 3 Gegründet 1889
Lieferant d. Beamten-Deutsches Bundes
Katalog mit über 4000 Abbild., umsonst u. portofrei
Jährlicher Versand über 25 000 Uhren.
Über hunderttaus. Kunden. Viele tausende Anerkenn.

Manuskriptseher für Schriftseher
D. R. G. Nr. 545 445 [108]
Der gef. gesch. App. beschd. kein. Schriftst. kann auf jed. belieb. Fach, ausgl. werd., hält D. Manuskript, 2. oder 3. Instanz, erbeten. Stell. f. f. vollst. zerlegb., beanpr. kein. befand. Platz u. ermögl., da alle Stör. wegl., ein schnell., leicht. Arb. Gebr. Anm. liegt jed. App. bei. Preis 2,25 Mk. fr. i. Neufl. u. Stahl vern. J. bez. g. Vereinf. d. Betr. v. Gr. Th. Scholz, Magdeb., Marsdorfer Str. 10 bzw. v. D. Reichendach, Leipzig-R., Augustenstraße 1.

Technikum für Buchdrucker
Beste technische, kunstgewerbliche und sachkaufmännliche Ausbildung. Vorbereitung für die Meisterprüfung. Dertrage, Besuche von Maschinen und Fabriken. Unterricht im Setzungsweisen und Journalismus. Dauer der Kurse ein Jahr. Tätigkeitsberichte usw. durch die Geschäftsstelle: Leipzig-R., Senefelderstraße 13-17

Erfinder spart Geld ver. Sie ersuch., die Selbst-Anmeldung grat. v. Ing. E. Berbig, Hannover, Miesgdm. 77

Seherbüsen
echt blauweiß gestreift u. in jeder Farbe:
110 120 130 140 cm lg.
Qual. etwa 3,40, 3,60, 3,80, 4,00 Mk.
„ Ia. 3,10, 3,20, 3,35, 3,50 „
„ I 2,85, 3,00, 3,15, 3,30 „
„ II 2,55, 2,70, 2,85, 3,00 „
„ III 2,20, 2,35, 2,50, 2,65 „
Maschinemeisteranzüge zu 2,50-6 Mk
Arno Chold in Gera (R.)
Fabrik für Berufskleidung u. Wäsche.
Katalog frei! [26]

Für die Ehreungen und Gedenken, welche uns anlässlich unseres 50jährigen Berufsjubiläums von unserm Prinzipale, Herrn J. Benzheimer, sowie den Kollegen der Mannheimer Vereinsdruckerei teileil wurden, sprechen wir unsern verbindlichsten Dank aus. [98]
Aber auch herzlichsten Dank den vielen auswärtigen Kollegen, welche uns durch Glückwunschgramme und -schreiben erfreuten, dem Gau- und Bezirksvorstande für seine Gratulation sowie der „Typographia“ Mannheim und den Kollegen Alenlang und Cher, welche durch Gefangnis- und Mühsalvorsätze das Fest verschönerten.
Mannheim. Jakob Eisenbarth, Sean Krauß.

Am 13. Juli verstarb in Vieh unser werkes Mitglied, der Seher [104]
Richard Bezinsky
im Alter von 20 Jahren an der Lungen-schwindsucht.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Frankfurt a. O.

Schönecker Stahlbrunnen
(unter ständiger wissenschaftlicher Kontrolle des Prof. Dr. med. Mönka, Vorsteher des pharmakologischen Instituts der Universität Genua) ein vorzügliches natürliches Heilmittel gegen Blutarmut, Bleichsucht, Herzkrankheiten, Zirkulationsstörungen, Magenbeschwerden, Frauenkrankheiten, nervöse Zustände, für Anreicherung und Ausfrischung des Bluts, Stärkung des Wohlbefindens, Anregung zur Nahrungsaufnahme, Förderung der Magen- und Darmtätigkeit, Stärkung nach überstand. Operationen, Bluterlusten, Wochenbetten, Influenza usw. — Ausführl. Mittel. über Bezug des Brunnen d. Schönecker Stahlbrunnen, Boppard a. Rh. 54.

Bezirk Kiel
Sonntag, den 17. August, nachmittags 3 1/2 Uhr: [94]
Bezirksverammlung
in Kiel, im „Gewerkschaftshaus“, Haffstraße 24. Tagesordnung wird acht Tage vorher bekanntgegeben. Fahrkosten niedriger Wagenklasse (Personenzug) werden vergütet. Wir eruchen die Kollegen des Bezirkes, zu dieser ersten Bezirksverammlung recht zahlreich zu erscheinen. Der Bezirksvorstand.

Bezirk Neumünster
Sonntag, den 17. August, vormittags 10 Uhr: [97]
Bezirksverammlung
in Neumünster, Harms Gollhof, Friedrichstraße 26. Tagesordnung wird acht Tage vorher bekanntgegeben. Wir eruchen die Kollegen des Bezirkes, zu dieser ersten Bezirksverammlung zahlreich zu erscheinen. Fahrkosten niedriger Wagenklasse (Personenzug) werden vergütet. Der Bezirksvorstand.

Maschinenseherbereinigung Rheinland-Westfalens
Sonntag, 27. Juli, vormittags 10 Uhr, in Aachen, im Restaurant „Kölner Bierhaus“, (Voonharts Kippers), Rennbahn 2:

Quartalsverammlung
Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Kasienbericht pro zweites Quartal, Aufnahmen, Ausschüsse; 3. Erwahl des Vorstandes; 4. Vortrag des Kollegen E. Albrecht (Köln): „Die Danziger Generalverammlung zur Spartenfrage“; 5. Beschlüsse.
Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet
Der Vorstand.
Nach der Verammlung: Ausgung durch die Stadt zum Lousberg und von dort nach Naals (Solland) zum Bier-Bänder-Bild. Von Naals mit der elektrischen Straßenbahn nach Aachen zurück.

Stellung befeh!
„Freie Volkszeitung“, Göttingen.
Mhlen und Pinzetten, Werkzeuge für Kon-plattenschnitt, Seher-büsen empfiehlt St. Siegl, München 2, Holzstraße 7. Katalog gratis. [9]

Am 12. Juli verstarb an der Berufs-krankheit unser lieber Kollege, der Seher [106]
Paul Strauch
aus Forst i. L.
im 42. Lebensjahre. [106]
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Verbandsmitglieder
der Firma W. Bürgenstein, Berlin.

Am 13. Juli verstarb nach langem Leiden (Magenleiden) einer untrer Bewusstlosen, der in den verschiedensten Ämtern in unserer Gewerkschaft tätig gewesen ist, zuletzt als Kassierer der Zentralkommission, der Kollege
Hermann Boigt
im Alter von 51 Jahren. [96]
Ein Vorbild treuer Pflichterfüllung und Solidarität.
Wir werden ihm für alle Zeit ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Vorstand des Vereins der in Schrift-gerechten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.
Die Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands.